Beschluss der 64. Landesmitgliederversammlung der
GRÜNEN JUGEND Brandenburg am 25./26.10.2026, Cottbus

L1 – Weniger Brand, mehr Burg – für ein Brandenburg, in dem Schule wieder Spaß macht!

Es brennt in Brandenburg, denn die aktuelle bildungspolitische Lage ist alles andere als gut. Mit dem beschlossenen Doppelhaushalt für 2025 und 2026 hat die Rot-lila Koalition bewiesen, dass ihre Politik kaum an die Lebensrealitäten von Schüler*innen und Lehrer*innen anknüpft. Für uns bedeutet das: Für gute Bildungspolitik müssen wir selbst kämpfen.

Mehr statt weniger Lehrer*innen!

Im Bildungsetat des Haushalts ist die Kürzung von 345 Vollzeit-Lehrkräften vorgesehen, und das, obwohl die Anzahl der Schüler*innen den Höchststand von vor zehn Jahren erreicht hat. Eine nachhaltige Lösung, die zu einer besseren Brandenburger Bildungslandschaft beiträgt? Ganz sicher nicht! Der Lehrer*innenmangel in Brandenburg ist kein neues Problem, doch spätestens mit den von Bildungsminister Freiberg vorgesehenen Personalkürzungen wird das Problem hausgemacht. Statt den Lehrkräftemangel tatenlos oder, noch schlimmer, resigniert hinzunehmen und unbesetzte Stellen zu streichen, sollte die Landesregierung Anreize setzen, um mehr Lehrkräfte für Brandenburg zu gewinnen und junge Menschen zum Lehramtsstudium ermutigen. Dazu gehört für uns auch der praxisorientierte Fokus im Studienalltag der Lehramtsanwärter*innen.

Wir fordern:

- Programme und gute Kampagnen, um neues pädagogisches Personal zu gewinnen
- Ausbau des dualen Lehramtsstudiums, auch an der Universität Potsdam
- Halten der Vollzeitstellen, statt das Streichen dieser Stundenerhöhung und Teilversetzung stoppen!

Der Lehrer*innenberuf ist ohnehin schon auslaugend, denn der Unterricht muss nicht nur gehalten werden, sondern auch vorbereitet werden, Klassenarbeiten müssen korrigiert werden und Sprechstunden mit Eltern müssen abgehalten werden.

Statt Lehrkräften ein resilientes Arbeitsumfeld zu schaffen und die Rahmenbedingungen des Lehrer*innenberufs nachhaltig zu verbessern, setzt die Landesregierung mit der Erhöhung um eine Pflichtstunde noch einen drauf. Diese Anpassung wird nicht nur von uns als desaströse Maßnahme eingestuft. Auch Gewerkschaften, Schulen und Verbände kritisieren diese stark. Das Vorgehen der Landesregierung verkennt die Arbeitsbelastung von Lehrkräften und befeuert lediglich die ohnehin schon viel zu hohe Burnout-Quote. Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrkräfte schafft ein fachliches Ungleichgewicht bei den an einer Schule abzudeckenden Stunden und zwingt diese, Lehrkräfte teilzuversetzen. Chaos im Schulbetrieb ist somit vorprogrammiert.

Wir fordern:

- Stoppen der Stundenerhöhungen
- resilienzfördernde Fortbildungsangebote, insbesondere für junge Lehrkräfte, um sich im neuen Schulalltag zu Recht zu finden
- Gewährleistung verpflichtender Arbeitszeiterfassung auch für Lehrkräfte, um konsequent gegen Überlastung vorzugehen

Fördern statt Fordern!

Neben den personellen Faktoren und Anpassungen machen sich als Konsequenzen dieser Maßnahmen auch inhaltliche Kürzungen breit. Laut Tagesspiegel ist es den staatlichen Schulämtern möglich, Richtwerte zur personellen Ausstattung der Schulen zu unterschreiten. Im Umkehrschluss bedeutet das vor allem weniger Zeit für Ganztags- und Förderunterricht, Inklusion, Vorbereitungsgruppen für einzugliedernde Schüler*innen sowie Leistungs- und Neigungsdifferenzierung. Gute Bildung sollte kein Luxus sein, gute Bildung ist für alle da. Wir müssen die Schüler*innen fördern, die am meisten unter dem Status Quo leiden. Das ist Bildungsgerechtigkeit.

Wir fordern:

- Multiprofessionelle Teams an allen Schulen Brandenburgs, um geeignete Förderungsmaßnahmen zu gewährleisten

Mündige Schüler*innen statt veralterte Strukturen!

Brandenburg darf nicht länger eines der Schlusslichter im deutschen Bildungssystem sein. Wir wollen Schulen, die junge Menschen stark machen: kritisch denkend, handlungsfähig und bereit, unsere Demokratie aktiv mitzugestalten. Damit das gelingt, brauchen Lehrkräfte Unterstützung – gerade im Umgang mit rechtem Gedankengut. Schulen müssen Orte der Vielfalt, des

Respekts und des Zusammenhalts bleiben. Gleichzeitig gehört Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) fest in den Unterricht, damit globale Verantwortung nicht nur ein Schlagwort bleibt, sondern im Alltag erfahrbar wird. Und auch digitale Kompetenzen sind unverzichtbar: Junge Menschen sollen Social Media sicher nutzen, Informationen kritisch einordnen und dabei Hassrede klar entgegentreten können.

Wir fordern:

- Schulen vollständig digital ausstatten und Social Media-Kompetenzen verbindlich in den Lehrplan aufnehmen
- Politische Bildung ausbauen, um demokratische Grundwerte zu stärken und Fake News zu erkennen
- Bildung für nachhaltige Entwicklung als festen Bestandteil aller Lehrpläne verankern

Begründung

erfolgt mündlich